

## Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Tod von Silvio Berlusconi hat einer der umstrittensten Politiker - auch bei mir - die Bühne verlassen. Immerhin vier Mal haben ihn die Italienerinnen und Italiener zu ihrem Ministerpräsidenten gewählt. Unabhängig davon, was man persönlich von ihm hält, müssen wir anerkennen, dass Berlusconi ein überzeugter Europäer war. Seine Partei, die in Umfragen derzeit auf nur mehr acht Prozent kommt, muss nun ihren Platz finden.



Es gibt deutliche Tendenzen in den Mitgliedstaaten hin zu konservativen Regierungen, wie beispielsweise in Spanien, wo sich der Sozialist Sánchez mit der "Zweckentfremdung europäischer Gelder" verzockt hat.

In Bezug auf die Migrationspolitik ist die Einigung der Mitgliedstaaten als Erfolg zu werten. Ein bedeutsames Foto zeigt Bundeskanzler Scholz, Ministerpräsidentin Meloni, Ministerpräsident Rutte und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen in Tunesien. Bisweilen ist die Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten außerhalb der eigenen Parteienfamilie notwendig, um Fortschritte zu erzielen - wie in der Asylfrage. Wer der Realität ins Auge schaut, weiß, dass wir um eine europaweit einheitliche, lückenlose Registrierung von Migranten und eine konsequente Abschiebep Praxis nicht herumkommen. Mit dieser geschichtsträchtigen Aufnahme wird klar, dass der Vorwurf gegen unseren Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der EVP, Manfred Weber, er würde gemeinsame Sache mit Rechtsextremen machen, längst nicht mehr haltbar ist und es nie war.

Eine denkbar knappe Kiste war die gestrige Abstimmung zum Gesetz zur Wiederherstellung der Natur im federführenden Umweltausschuss. Mit 44 zu 44 Stimmen wurde die vollständige Zurückweisung des Kommissionsvorschlags nur knapp abgelehnt. Es ist unbestritten, dass wir dringend Maßnahmen benötigen, um unsere Natur an den Klimawandel anzupassen. Es geht also nicht um das "ob", sondern um das "wie". Diese Abstimmung sendet jedoch ein deutliches Signal an den verantwortlichen Umweltkommissar Timmermans: Sein Vorschlag ist handwerklich so grottenschlecht, dass wir Abgeordneten den Entwurf kaum mit Änderungsanträgen verbessern konnten. Zweitens erhielt Timmermans für sein Verhalten in den letzten Wochen die Quittung. Er hat gedroht, andere wichtige Gesetzesvorschläge zurückzuhalten, falls er bei diesem Vorschlag keine Unterstützung erhält. Seine Beamten agieren wie Aktivisten. Ich vermisse den gebührenden Respekt gegenüber dem Parlament als Gesetzgeber. So lässt das Parlament nicht mit sich umgehen!

Lesen Sie alle Neuigkeiten aus Europa in meiner neuen Newsletter-Ausgabe.

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### „Ohne unsere Bauern gibt es keine Ernährungssicherheit in Europa!“

Das Europäische Parlament stimmte über eine EntschlieÙung zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU ab. Dazu **meine Erklärung als Berichterstatterin des Europaparlaments:**

"COVID-19-Pandemie, Klimawandel und Russlands Aggression gegen die Ukraine haben die Anfälligkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der EU offengelegt. Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist keine Selbstverständlichkeit. Europa muss unabhängiger werden. Die Erzeugung und Versorgung mit hochwertigen Agrarrohstoffen und damit die Ernährungssicherheit muss ohne Wenn und Aber jederzeit gewährleistet sein.

Strukturell dürfen wir nicht zulassen, dass immer mehr landwirtschaftliche Flächen in immer weniger Hände gelangen. Eine Landwirtschaft der multinationalen Konzerne mit angestellten Bauern ist der falsche Weg. Unsere Landwirte brauchen verlässliche politische und praxistaugliche Rahmenbedingungen. Sie wollen Innovation, sie brauchen Motivation. Gerade die europäische Ebene könnte mehr dazu beitragen, statt neuer Lasten positive Impulse zu setzen. Die Stilllegung von fruchtbaren Flächen sowie ungezielte Verbote des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sind angesichts der aktuellen Versorgungskrise und steigender Inflation ein schlechter Ratgeber.

Die knapper werdenden Wasserressourcen, die nicht nur für die Landwirtschaft unverzichtbar sind, sollte für die EU ein zusätzlicher Grund sein, sich auf neue Technologien im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft zu konzentrieren. Ob digitale Technologien, neue Züchtungsmethoden, Agrarforstsysteme - künftige Herausforderungen brauchen eine umfassende Strategie im Bereich Präzisionslandwirtschaft und Ressourcenschutz.

Die Europäische Kommission muss zudem alle ihre zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um das reibungslose Funktionieren des Unionsbinnenmarktes auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Der Transport frischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Aufrechterhaltung der Produktions-, Liefer- und Vertriebsketten müssen jederzeit gesichert sein. Wir können die Ernährungssicherheit nur gewährleisten, wenn unsere Landwirte sowohl eine starke und lebensfähige Position in der Lebensmittelkette haben als auch Investitionen und Innovationen für ihre Zukunft leisten können!"

Der Bericht ist [hier](#) abrufbar.

Weitere Informationen zum Verfahren finden sich [hier](#).

Meine Plenarrede zum Thema können Sie [hier](#) anschauen.

### Knappe Kiste

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes war zum Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur gespalten.

Durch Stimmengleichstand (44:44) wurde zunächst eine Mehrheit für die Zurückweisung des Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission verfehlt. Für die Zurückweisung wäre eine einfache Mehrheit nötig gewesen. Im Anschluss wurde der Berichtsentwurf im

Einzelnen abgestimmt, auch hier war der Ausschuss weitestgehend gespalten. Die Abstimmung über den gesamten Berichtsentwurf musste dann noch vor der Schlussabstimmung aufgrund Zeitmangels verschoben werden. Sie wird voraussichtlich am 27.6. stattfinden.

Dazu erklären:

**Christine Schneider (CDU)**, Berichterstatterin der EVP-Fraktion:

„Dies ist das denkbar knappste Ergebnis. Der Umweltausschuss ist gespalten und wäre beinahe dem Votum des Landwirtschaftsausschusses und des Fischereiausschusses gefolgt, die beide bereits mehrheitlich den Vorschlag zurückgewiesen haben. Die Endabstimmung steht noch aus, aber dieses Ergebnis ist jetzt schon eine Ohrfeige für die Kommission und Vizepräsident Timmermans. Es gab heute keine Mehrheit für diesen Bericht. Ein so knappes Ergebnis ist ein deutliches Signal für die Schlussabstimmung und die Plenarabstimmung. Es zeigt, dass unseren Bedenken und unsere Kritik von weiten Teilen des Umweltausschusses geteilt werden.

Das zum jetzigen Zeitpunkt vorliegende Teilergebnis ist ein reiner Flickenteppich, der in dieser Form aufgrund der mangelnden Konsistenz sinnlos und unbrauchbar ist. Das dürfen wir, und vor allem die Kommission, nicht ignorieren. Jetzt wäre endgültig der Zeitpunkt für die Kommission, das Gesetz zurückzuziehen.

Die EVP unterstützt geschlossen die Ziele des Green Deal. Wir unterstützen aber keine Verbotspolitik, die zu einem Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Flächen führen wird und damit unsere Ernährungssicherheit gefährdet. Wir unterstützen keine Politik, die die Problematik der wachsenden Weltbevölkerung und des Klimawandels außer Acht lässt und unser Ziel bei seltenen Rohstoffen und regenerativen Energien gefährdet. Um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen können wir nur gemeinsam mit allen Beteiligten, mit den Land- und Forstwirten und mit allen Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich sein.“

**Peter Liese (CDU)**, umwelt- und klimapolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Es gab heute keine Mehrheit für das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Der Umweltausschuss war völlig gespalten, die meisten Abstimmungen endeten 44:44.

Inhaltlich bleibt es dabei: viele Fragen können auch nach monatelangen Diskussionen nicht eindeutig beantwortet werden. Auf einem schwachen Fundament kann man kein gutes Haus bauen. Auf einer so schlechten Basis konnten wir auch keine soliden Kompromisse schließen.

Zudem müssen sich die Landwirte gerade mit der Umsetzung der Agrarreform auseinandersetzen. Vieles läuft noch nicht rund, so bekommen zum Beispiel die Landwirte, die Grünland bewirtschaften, weniger Geld als vor der Reform, obwohl Grünland sowohl für den Klimaschutz als auch für die Artenvielfalt besser ist als Ackerland. Wir müssen dieses Problem erst mal lösen, bevor wir überhaupt über neue Auflagen diskutieren können.

Das Gesetz steht in vielen Teilen dem Ausbau der erneuerbaren Energien und damit dem Klimaschutz und der Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen im Weg. Zwar gibt es gewisse Ausnahmeregeln für Windkraft und Fotovoltaik, aber es stellt sich die Frage, auf welchen Flächen dann überhaupt noch Nahrungsmittel produziert werden können. Dies ist vor allem relevant in einer Zeit, wo Nahrungsmittelpreise Treiber der Inflation sind und viele Menschen, etwa in Nordafrika, durch die Verschärfung der Nahrungsmittelkrise Hunger leiden. Auch gibt es keine Ausnahmeregelung für andere erneuerbaren Energien

und Netze. Die Vorgabe, 25.000 Flusskilometer zu renaturieren, führt nach Ansicht der Verantwortlichen sogar dazu, dass bestehende Wasserkraftwerke abgebaut werden müssen.

Es ist leider nicht wahr, dass Klimaschutz und Biodiversität immer einfach unter einen Hut zu bringen sind. Manchmal muss man sich entscheiden und in Konfliktfällen bin ich davon überzeugt, dass wir uns für den Klimaschutz und für die Reduktion von fossilen Brennstoffen entscheiden müssen, d. h. eben auch für erneuerbare Energien und gegen andere vielleicht wünschenswerte, aber eben nicht so dringliche Ziele.

Dies ist nicht das Ende der Diskussion, die Schlussabstimmung im Umweltausschuss und die Plenarabstimmung stehen noch aus. Ich halte es für sehr gut möglich, dass wir den Vorschlag spätestens im Plenum ablehnen, so wie das der Fischerei und Agrarausschuss getan haben.“

Meine Pressemeldung im Vorfeld der Abstimmung lesen Sie [hier](#)

### „Europa muss Luft holen und reflektieren!“

Nun fordert auch endlich der französische Präsident Emmanuel Macron eine "regulatorische Pause" für Europa. Bisher ließ er den EU-Umweltausschuss-Vorsitzenden aus seiner Partei wirken nach dem Motto: ‚Augen zu und durch‘. Jetzt wechselt er endlich vom Gaspedal aufs Bremspedal.

Der Schutz des Klimas und der Umwelt braucht oberste Priorität, keine Frage. Dazu haben wir durch die Verabschiedung des Emissionshandels und anderer Gesetzgebungsvorhaben wichtige Weichen gestellt. Wir können die Klima- und Umweltprobleme aber nicht innerhalb von zwei Jahren lösen - ohne jegliche Rücksicht auf Verluste

[Hier](#) finden Sie mein ausführliches Statement zum Thema.

### Diskussion Heizungspläne

Zur aktuellen Berichterstattung "EU plant einen härteren Heiz-Hammer als Habeck", erklären **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Die Ampel-Bundesregierung sollte endlich ihre Hausaufgaben machen und nicht die Bürgerinnen und Bürger weiter verunsichern. Das laufende EU-Verfahren findet in enger Abstimmung zwischen EU-Kommission, Fachexperten und EU-Mitgliedstaaten statt. Aus der Bundesregierung sind die Ministerien von Robert Habeck und Klara Geywitz daran beteiligt. Wenn sich die FDP also in Berlin mal wieder in der Ampel nicht durchsetzen kann, soll sie aufhören Nebelwände aufzuziehen und Richtung Brüssel zu zeigen. Das ist schlechter Stil und zeigt die ganze Überforderung der Bundesregierung.

Nach unserer Kenntnis sind die EU-Entwürfe derzeit technologieoffen und grenzen sich dadurch eindeutig von Habeck's Heiz-Hammer ab. Aber unabhängig von den noch nicht feststehenden Inhalten, bietet das dafür gewählte Verfahren ("Komitologie") durchaus

Grund für Kritik. Denn die Pläne werden auf Basis der Ökodesign-Richtlinie von 2009 erarbeitet. Diese stammt noch aus den Zeiten vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags und wird bereits seit verganginem Jahr im ordentlichen EU-Gesetzgebungsverfahren überarbeitet. Das nun zur Anwendung kommende nachgeordnete Gesetzgebungsverfahren, welches in der alten Richtlinie noch vorgesehen war, wurde schon 2009 aus guten Gründen abgeschafft, denn es steht sinnbildlich für Brüsseler Hinterzimmer und sieht keine Beteiligung des Europäischen Parlaments vor. Allein weil die bestehende Ökodesign-Richtlinie noch nicht fertig überarbeitet wurde, ist es rechtlich überhaupt noch möglich, dieses alte Verfahren zu nutzen. Doch nicht alles was rechtlich möglich ist, ist auch legitim.

Es wäre unerträglich, wenn solch eine weitreichende Entscheidung durch ein abgeschafftes, undemokratisches Hinterzimmer-Verfahren ohne Beteiligung des Europäischen Parlaments zu Stande käme. Die Kommission und die daran ebenfalls beteiligte Ampel-Regierung müssen dieses Verfahren stoppen."

### **EU-Schulmilchprogramm: Gesundes Essverhalten von Anfang an**

Die Europäische Union fördert im Zeitraum von 2017-2023 die Verteilung von Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukten an Schulen und unterstützt zugehörige Bildungsmaßnahmen. Damit wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder die notwendigen Nährstoffe zum Wachsen erhalten und ein gesundes Ess- und Ernährungsverhalten entwickeln können.

Auf nationaler Ebene sind die durchführenden Partner aber leider häufig mit komplizierten Regeln konfrontiert. Das mindert die Effizienz des Programms erheblich. Zu diesem Schluss kam nun auch eine Folgenabschätzung der Europäischen Kommission. Mit dem vorliegenden Bericht zum EU-Schulmilchprogramm wollen wir die administrativen Hürden senken und die Reichweite des Programms verbessern.

Die gesamte Pressemeldung zum Thema lesen Sie [hier](#).

### **Tierversuche**

In einer gemeinsamen Sitzung des Europäischen Umwelt-, Landwirtschafts- und Petitionsausschusses fand eine öffentliche Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative mit dem Titel ‚Rettet tierversuchsfreie Kosmetika‘ statt. Das Thema Tierversuche beschäftigt uns auf europäischer Ebene schon seit längerer Zeit. Ein Meilenstein war 2013 das EU-weite Verbot von Tierversuchen für Kosmetika. Wenn die Organisatoren der Bürgerinitiative nun Kosmetik wieder auf den Schild heben, ist deren Absicht zweifelhaft und leicht zu durchschauen: Das Thema verkauft sich bei der Bevölkerung besser und die Unterschrift ist schneller eingeholt als beispielsweise bei der komplexen Erforschung von Medikamenten.

Lesen Sie meine ganze Pressemeldung zum Thema [hier](#).

## Gesetz zur Künstlichen Intelligenz (KI)

„Mit dem nun zur Abstimmung stehenden KI-Gesetz haben wir die einmalige Chance, einen menschenzentrierten und vertrauenswürdigen Regulierungsansatz für Künstliche Intelligenz auf der Grundlage unserer europäischen Werte festzuschreiben. Unser Ziel ist es, die Risiken zu beherrschen und gleichzeitig die Vorteile voll auszuschöpfen, die KI für die gesamte Gesellschaft bereithalten kann. Dazu gehört auch, dass Künstliche Intelligenz etwa beim Aufspüren vermisster Kinder oder auch zur Terrorismusbekämpfung und Lokalisierung von Straftätern genutzt werden darf. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass es nicht zu einem vollständigen Verbot von Gesichtserkennungssystemen in Echtzeit kommt, wie es die linken Parteien im Europäischen Parlament durchsetzen wollen.

Gleichzeitig muss ein Mehr an Regeln auch wirklichen Mehrwert für Unternehmen und Nutzer von Künstlicher Intelligenz schaffen. Denn Europa steht hier im Wettbewerb mit den USA und China. Umso wichtiger ist ein gemeinsamer Rechtsrahmen, der Raum für Innovationen lässt. Ein angstgetriebener Umgang mit KI, der die Chancen neuer Technologien erstickt, wäre wenig zielführend.

Wir begrüßen, dass das KI-Gesetz eine Fragmentierung des Binnenmarktes verhindern wird. Europas Ziel muss es sein, den digitalen Binnenmarkt endlich vollständig zu harmonisieren und eine nachhaltige digitale Infrastruktur mit schneller Konnektivität aufzubauen.“

### Hintergrund:

Das KI-Gesetz soll sicherstellen, dass Anwendungen mit Künstlicher Intelligenz, die in der EU in Verkehr gebracht und genutzt werden, sicher sind und geltende Rechtsvorschriften zu Grundrechten und EU-Werten respektiert werden. Das Dossier wurde federführend vom Innen- sowie vom Binnenmarktausschuss betreut.

## Lieferkettengesetz geht zu weit

„Wir unterstützen das Ziel der Richtlinie, Menschenrechte und Umwelt besser zu schützen. Dennoch halten wir den Parlamentsbeschluss für zu weitgehend. Tatsache ist, dass nicht nur mehr Unternehmen direkt betroffen sein werden als im deutschen Lieferkettengesetz, sondern auch große Teile der Wertschöpfungsketten, wie Verkauf, Vertrieb, Transport, Lagerung und Entsorgung. Den Betrieben droht ein riesiger bürokratischer Aufwand, der vor allem unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen zu überfordern droht.

Für ein effektives Lieferkettengesetz müssen dieselben Regeln für alle Unternehmen gelten. Leider erfüllt das der jetzige Vorschlag nicht. Durch die Richtlinie droht ein regulatorischer Flickenteppich, der die Unternehmen vor zusätzliche Herausforderungen stellen wird. Wir fordern deshalb, den Kommissionsvorschlag in eine Verordnung umzuwandeln, um Rechtssicherheit für alle Betriebe zu schaffen.

Die EU sollte in herausfordernden Zeiten wie diesen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen stärken. Leider trägt das Lieferkettengesetz in seiner jetzigen Form nicht zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Wir werden den Welthandel und die Si-



tuation der Menschen in ärmeren Regionen nicht verbessern, wenn sich europäische Unternehmen aus den betroffenen Regionen zurückziehen und aggressiven Mitbewerbern, etwa aus China, das Feld überlassen.

Mit Blick auf die anstehenden Trilogverhandlungen muss jetzt sichergestellt werden, dass die berechtigten Kritikpunkte aufgegriffen werden und eine Lösung gefunden wird, die wirklich den Menschen und der Umwelt vor Ort hilft ohne unsere Unternehmen unnötig zu belasten oder gar aus Drittstaaten zu vertreiben. Hier ist jetzt die Bundesregierung gefordert.“

### Sprengung des Kachowka-Staudamms als neue Dimension des Kriegs

Mit der Sprengung des Kachowka-Staudamms hat der von Russland angezettelte Angriffskrieg gegen die Ukraine eine neue Dimension erreicht. Neben dem unfassbaren Leid, das die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger tagtäglich erleiden müssen, steht das gebeutelte Land jetzt auch noch vor einer Umweltkatastrophe. Die Folgen dieser feigen Tat, mutmaßlich vom Kreml befehligt, werden weit über das Kriegsgebiet verheerende Auswirkungen haben. Bereits jetzt gibt es Berichte von Milliarden Kubikmeter dreckigem, ölverschmutztem Wasser, das Ortschaften, Felder und Wälder überflutet. Der ukrainische Präsident Selenskyj spricht zurecht von der „größten menschengemachten Umweltkatastrophe in Europa seit Jahrzehnten“.

Diese Kriegsgräuelp müssen den Westen aufrütteln. Die Antwort darauf kann nur lauten: Volle Unterstützung für die Ukraine. Für uns ist klar, dass diese abscheulichen Verbrechen nicht ungesühnt bleiben dürfen. Der letztendlich Verantwortliche ist der russische Diktator Wladimir Putin. Umso wichtiger ist es, dass der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten erlassen hat. Auch wenn dieser Haftbefehl wahrscheinlich nicht schnell vollstreckt werden kann, ist dies ein wichtiges Signal der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Alle für den brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine Verantwortlichen gehören so schnell wie möglich vor Gericht. Die EU muss gemeinsam mit ihren Verbündeten alles dafür tun, diesen feigen Angriffskrieg und das Putin-Regime in die Knie zu zwingen.

#### Hintergrund:

Am 6. Juni ist am frühen Morgen der Kachowka-Staudamm am Dnipro-Fluss in der teils von russischen Truppen besetzten Region Cherson gebrochen. Westliche Nachrichtendienste und Regierungen gehen davon aus, dass Russland dafür verantwortlich ist.

### Vernunft und Verantwortung bei der Asylpolitik

Zur Einigung der EU-Innenminister auf eine Reform des gemeinsamen Asylsystems (GEAS) erklärt **Lena Düpont (CDU)**, migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Die heutige Einigung der Mitgliedstaaten auf eine Reform des gemeinsamen Asylsystems stellt eine große Chance für eine funktionsfähige europäische Migrationspolitik dar. Die Einigung auf geordnete Asylverfahren unter Wahrung humanitärer Standards ist seit Jahren überfällig. Zu lange schon haben wir illegaler Migration und unhaltbaren Zuständen an unseren Außengrenzen tatenlos zusehen müssen.“

Ziel der Reform ist ein strenger Schutz der Außengrenzen, schnellere und europaweit einheitliche Asylverfahren, eine konsequente Abschiebep Praxis sowie lückenlose Registrierung von Migranten, um ein Untertauchen und unerlaubte Sekundärmigration zu verhindern. Das neue Regelwerk wird dazu beitragen, unkontrollierten Massenzustrom und Flüchtlingskrisen wie 2015/2016 zu verhindern.

Die Bundesinnenministerin hat daher zurecht im Vorfeld der heutigen Beratungen vor einem Scheitern gewarnt. Die Konsequenz wären nationale Grenzkontrollen und eine reale Gefahr für die seit Jahrzehnten bestehende Reisefreiheit in Europa gewesen.

Umso unverständlicher ist, wie sich Frau Faeser im Vorfeld der Verhandlungen von ihrem grünen Koalitionspartner und aus den eigenen Reihen hat treiben lassen. Die Bundesregierung hat lange Zeit einen Sonderweg in Europa eingeschlagen und Deutschland damit isoliert. Eine gemeinsame, gesteuerte und geordnete europäische Migrationspolitik ist zu wichtig, um sie auf dem Altar parteipolitischer Machtspiele zu opfern.

Wer ernsthaft den Schlepperbanden das Handwerk legen und das Sterben auf dem Mittelmeer beenden will, kann sich einer Einigung auf das mühsam verhandelte und ausbalancierte Reformwerk nicht aufgrund wahltaktischen Kalküls entgegenstellen.

Deutschland und Europa müssen die illegale Migration deutlich reduzieren, um weiterhin Schutzbedürftigen Asyl gewähren zu können. Angesichts neuer Migrationsströme ist Vernunft und verantwortliches Regierungshandeln geboten. Die heutige Einigung ist ein wichtiger Schritt, um der irregulären Migration unter dem Deckmantel des Asylrechts endlich ein Ende zu setzen.“

## Intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr

Zur Trilogieeinigung über die Richtlinie für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr ("ITS -Intelligent Transport Systems") erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter der EVP-Fraktion:

"Die Verhandlungen waren eine Herausforderung, aber wir haben gemeinsam einen Weg gefunden, um die Bedürfnisse und Interessen möglichst aller Beteiligten zu berücksichtigen. Die überarbeitete Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme wird es uns ermöglichen, die Chancen der digitalen Transformation im Verkehrssektor voll auszuschöpfen und gleichzeitig die Sicherheit, Nachhaltigkeit und Effizienz unserer Verkehrssysteme zu verbessern.

Dank der überarbeiteten Richtlinie werden wir in der Lage sein, die Integration und Interoperabilität verschiedener Verkehrsträger voranzutreiben und die Entwicklung von Technologien wie Fahrzeug-zu-Fahrzeug-Kommunikation, Echtzeitverkehrsdaten, intelligente Ampelsysteme und automatisierte Verkehrskontrollen zu fördern. Dies wird dazu beitragen, Verkehrsstaus zu reduzieren, die Reisezeit zu verkürzen und gleichzeitig die Sicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen."

### Hintergrund:

Unterhändler von Europaparlament und Mitgliedstaaten haben sich am heutigen Donnerstag auf einen Richtlinienentwurf verständigt.

Weitere Informationen zum Gesetzgebungsverfahren finden Sie [hier](#).



## EU-Ethikbehörde allein verhindert Missbrauch nicht

Zum Vorschlag der EU-Kommission zur Einrichtung einer interinstitutionellen EU-Ethik-Behörde erklärt **Sven Simon (CDU)**, verfassungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Der Vorschlag der Kommission reflektiert die Debatte im Parlament und ist daher angemessen. Es bleibt jedoch dabei, dass Missbräuche wie Qatargate durch eine Ethikbehörde nicht verhindert worden wären. Es besteht die echte Gefahr der Politisierung einer Behörde, die sich mit Ethik und Moral statt mit rechtlichen Standards und Compliance befasst. Man kann nur nachdrücklich vor einer Disziplinarkammer für Europaabgeordnete nach polnischem Vorbild warnen. Dem Kernproblem bei Qatargate, nämlich der intransparenten Einflussnahme durch NGOs und andere Akteure, wird durch den Vorschlag nicht abgeholfen."

## Strategie für Lateinamerika und die Karibik

Die Kommission hat eine neue Strategie für Lateinamerika und die Karibik vorgeschlagen, um die Zusammenarbeit regional und multilateral zu intensivieren. Die Grundlage für Beziehungen der Europäischen Union zu der Region ist eine Strategie aus dem Jahr 2019. Dazu erklärt **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament:

„Wenn die Europäische Union als geopolitischer Akteur anerkannt werden will, reicht es nicht aus, unsere interne Einheit zu stärken. Wir müssen unseren strategischen Kompass neu kalibrieren und Beziehungen zu wichtigen Wertepartnern im Einsatz für die regelbasierte internationale Ordnung vertiefen. Unsere Beziehungen mit Lateinamerika und der Karibik sind zu lange ein unbeschriebenes Blatt geblieben. Dabei ist die EU die wichtigste Quelle für ausländische Direktinvestitionen in Lateinamerika und in der Karibik. Die Summen übersteigen die, die europäischen Unternehmen in China, Indien und Japan insgesamt investieren. Trotzdem schafft es die EU derzeit nicht hinreichend, dem chinesischen Engagement in der Region eine kohärente Politik entgegenzusetzen.“

Seit der Jahrtausendwende baut China seine Präsenz in Lateinamerika und in der Karibik systematisch aus und positioniert sich strategisch und unter Einsatz erheblicher finanzieller, personeller und diplomatischer Mittel als neuer Partner der Region. Besonderer Fokus liegt auf dem Ausbau der regionalen Infrastruktur im Rahmen der sogenannten Belt and Road Initiative. So haben aktuell 22 der 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik ihre Teilnahme an dieser chinesischen Initiative.

Für uns als EU ergibt sich daraus eine klare Handlungsmaxime: Verbale Versprechen reichen nicht aus, um für unser freiheitliches-demokratisches Modell zu werben. Die Europäische Union muss ihren Partnern in Lateinamerika und in der Karibik zeigen, dass wir bessere Angebote machen können als Peking - transparent, auf Augenhöhe und ohne Knebelverträge.

Das Wort „strategisch“ mag in diesem Kontext überstrapaziert sein. Im Falle des EU-Mercosur-Abkommens könnte es aber nicht treffender sein. Es könnte jährlich fast vier Millionen Euro an Zöllen gespart werden. Bisher unterliegen 85 Prozent der europäischen Ausfuhren in den Mercosur-Raum (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay). Der

Dienstleistungshandel könnte erleichtert, öffentliche Beschaffungsmärkte zugänglich gemacht und regulatorische Kooperation vereinfacht werden. Das Abkommen ist unterschriftsreif.

Gleiches gilt für die Modernisierung des Abkommens mit Chile und die Ratifizierung des modernisierten Handelsabkommens mit Mexiko. Ein Hinauszögern oder gar Scheitern bürgt die Gefahr, unseren handelspolitischen Zeitvorteil aus der Hand zu geben, Lateinamerika endgültig anderen Konkurrenten wie China zu überlassen, und die Glaubwürdigkeit als verlässlicher Handelspartner - auch gegenüber anderen Weltmärkten - zu beschädigen.“

### EU-Kleinanlegerstrategie: Bürokratie-Kahlschlag verpasst

Zur von der EU-Kommission präsentierten Kleinanlegerstrategie erklärt **Markus Ferber (CSU)**, wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Bei den Verbraucherschutzbestimmungen in der europäischen Finanzmarktregulierung liegt einiges im Argen. Das Nebeneinander verschiedener Regelungen führt nur zu Verwirrung und unnötiger Bürokratie. Es ist vernünftig, dass sich die Kommission das Regelwerk in seiner Gesamtheit vornimmt und versucht den Dschungel zu lichten. Ein echter Befreiungsschlag beim Bürokratieabbau ist die Kleinanlegerstrategie aber nicht.

Der einfachste Weg von der Schaffenskraft unserer Wirtschaft zu profitieren, ist über die Kapitalmärkte. Von dieser Möglichkeit machen immer noch zu wenige Menschen Gebrauch - das ist gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ein Problem. Auch wenn sich eine Aktienkultur nicht per Verordnungstext festschreiben lässt, so sollte eine Kleinanlegerstrategie doch den Weg dahin bereiten, dass aus Kleinsparern Kleinanleger werden.

Leider versäumen die Vorschläge für das neue Regelwerk, Berichts- und Dokumentationspflichten substantiell zu reduzieren. Das größte Problem für Kleinanleger ist, dass sie förmlich in Papierkram ertrinken, wenn sie ein Finanzprodukt erwerben wollen. Die Kleinanlegerstrategie wäre eine echte Chance für Bürokratieabbau gewesen - die hat die Kommission verpasst. Anstatt die Prozesse für Kunden und Intermediäre zu vereinfachen, sattelt die Kommission an vielen Stellen noch drauf.

Dass die Kommission von der anfangs diskutierten Idee eines vollständigen Provisionsverbots in der Anlageberatung am Ende Abstand genommen hat, begrüße ich. Ein Provisionsverbot hätte Kleinanlegern mehr geschadet als genützt. Wer nur einen kleinen Betrag anlegt, wäre damit faktisch von der Anlageberatung ausgeschlossen gewesen. Der Vorschlag der Kommission ist aber nichtsdestoweniger von großer Skepsis gegenüber dem provisionsbasierten Modell der Finanzberatung gekennzeichnet und sieht beispielsweise neue Restriktionen sowie eine frühe Überprüfungs Klausel vor. Wenn die Frage der provisionsbasierten Anlageberatung in der Kleinanlegerstrategie einmal geklärt ist, sollte es die Kommission dabei belassen. Es bringt nichts, alle drei Jahre dieselben Debatten zu führen.“

## Bauproduktenverordnung angenommen

Der Binnenmarktausschuss im Europäischen Parlament hat seinen Bericht zur Überarbeitung der Bauproduktenverordnung (BauPVO) mit großer Mehrheit angenommen. Dazu erklärt **Christian Doleschal (CSU)**, Berichterstatter des Europaparlaments:

„Gute und sichere Bauprodukte sind für unsere Gebäude, in denen wir statistisch gesehen mehr als 80% unseres Tages verbringen, essentiell. Wichtig ist, dass dieses Material transparent und umfassend gekennzeichnet wird, um so letztendlich auch die reibungslose, grenzüberschreitende Vermarktung in der EU gewährleisten zu können. Ich freue mich, dass es uns mit der heutigen Abstimmung gelungen ist, den ursprünglich sehr komplexen Kommissionsvorschlag zu entschlacken und nutzerfreundlicher zu gestalten. Mit einem klar definierten Anwendungsbereich und klaren Vorgaben, wie Normen für Bauprodukte erstellt werden sollen möchten wir den seit Jahren bestehenden Normenstau auflösen, verständliche Rahmenbedingungen schaffen und die Veröffentlichung im Europäischen Amtsblatt beschleunigen. Die Ausgestaltung der technischen Regelsetzung sollte dabei grundsätzlich weiterhin bei den europäischen Normungsorganisationen verbleiben und nicht, wie von der Kommission vorgeschlagen, über delegierte Rechtsakte erfolgen.

Auch haben wir uns für eine kürzere Übergangszeit stark gemacht. Zwei bis 2045 nebeneinander existierende Verordnungen schaffen große Unsicherheiten für die Industrie. Unser Vorschlag ist daher ein Übergangszeitraum von 10 Jahren. So können bereits unter der alten BauPVO erstellte Normen weitere 10 Jahre benutzt werden. Die Bauindustrie kämpft mit Rohstoffmangel, schlechter Auftragslage und fehlenden Fachkräften. Es ist nicht der Moment für noch mehr Bürokratie. Jetzt ist es an der Zeit, der europäischen Bauwirtschaft durch diese Krise zu helfen. Ich bin froh, dass unser heute abgestimmter Bericht sich auf das Wesentliche konzentriert, Über- oder gar Doppelregulierung in verschiedenen Rechtstexten verhindert und so verständliche Rahmenbedingungen schafft.

Wichtig ist nun, dass nach der Ausschussabstimmung zügig das Trilogmandat durch das Plenum erteilt wird.“

### Hintergrund:

Am 30. März 2022 hat die EU-Kommission ihren Legislativvorschlag für eine überarbeitete Bauproduktenverordnung vorgelegt. Hauptziel der Bauproduktenverordnung ist es, EU-weit einheitliche Prüfstandards für Bauprodukte zu etablieren und einen einheitlichen Markt zu fördern. Sie ist eine der rechtlichen Grundlage für die CE-Kennzeichnung der Produkte und für die Leistungserklärungen der Hersteller.

Die Plenarabstimmung ist für die Juli-Plenarsitzung in Straßburg vorgesehen.

## Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang

Zur Trilog-Einigung zum "Anti Coercion Instrument" (Instrument über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer), erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel:

"In den vergangenen Jahren hat sich die EU in einer Zwickmühle befunden: Drittstaaten haben ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Mitgliedstaaten genutzt, um einen politischen Kurswechsel zu erzwingen. Das ist inakzeptabel. Der Druck, den China auf Litauen

ausgeübt hat, hat das Problem unter das Brennglas der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Mit dem nun beschlossenen Instrument gegen Zwangsmaßnahmen befreit sich die EU aus der Zwickmühle und kann angemessen reagieren. Das handelspolitische Instrumentarium wird dadurch sinnvoll ergänzt, damit wir auf der Höhe der Zeit sind."

## Zweites Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Jüngst kamen alle 44 europäischen Staats- und Regierungschefs - mit Ausnahme der Diktatoren von Russland und Belarus in Chişinău, Moldau zusammen. Anlass ist das zweite Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft.

Dazu erklärt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament **David McAllister (CDU)**:

„Dieses noch junge diplomatische Format bietet den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten die Gelegenheit, mit einem breiten Spektrum von europäischen Partnern in Kontakt zu treten. Das gilt für jene, die kein Interesse an EU-Mitgliedschaft haben oder in der Vergangenheit ausgetreten sind aber besonders für diejenigen, die bereits zu den Beitrittskandidaten gehören oder auf diesen Status warten. Insofern sollte das Forum auch als Bühne für eine geopolitische EU verstanden werden.“

Es gibt manche Zweifel an der langfristigen Tragfähigkeit dieses Formats. Nicht nur stellt die Größe ein großes Hindernis dar, auch die traditionellen Rivalitäten zwischen einiger seiner Mitglieder werfen schwierige Fragen auf. Und trotzdem hat das erste Gipfeltreffen im Oktober 2022 in Prag bereits einige konkrete Ergebnisse bei festgefahrenen Streitigkeiten geliefert. So gab es ein Treffen zwischen den Staats- und Regierungschefs der Türkei und Armeniens. Dazu haben Armenien und Aserbaidschan Fortschritte in den Verhandlungen über Berg-Karabach gemacht. Zu verdanken ist das dem informellen Charakter, frei von einer festgelegten Tagesordnung und ohne Zwang einer Abschlusserklärung. So bleibt Zeit für einen ungezwungenen Austausch zwischen den Staats- und Regierungschefs, von denen sich einige sonst vielleicht nicht treffen würden.“

## 15. Juli: Gedenktag für die Opfer der Klimakrise

Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit für die Einführung eines Gedenktags für die Opfer der Klimakrise ausgesprochen. Hierzu erklärt **Peter Liese (CDU)**, umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„In meinem Wahlkreis in der Stadt Altena war das erste Todesopfer zu verzeichnen. Ein Feuerwehrmann, der gerade noch anderen Menschen das Leben gerettet hatte, erkrankte in den Fluten. Ich erhielt diese Nachricht genau zu dem Zeitpunkt, als die Europäische Kommission in Brüssel das Klimaschutzpaket Fit-for-55 vorgestellt hat. Das Engagement für den Klimaschutz vor allen Dingen für den Emissionshandel hat für mich einen ganz konkreten Bezug zu meiner Heimat.“

Zwar kann man nie ein einziges Ereignis direkt auf den Klimawandel zurückführen, aber dass solche Überschwemmungen häufiger geworden sind und bei ungebremsstem Klimawandel noch häufiger werden, ist leider eine Tatsache. Wir sollten niemals darüber strei-

ten, ob der Klimaschutz ein wichtiges Ziel ist und ich bin auch unserem Parteivorsitzenden Friedrich Merz dankbar, dass er dieses wichtige Ziel in jeder Rede erwähnt. Leider wird sein Zitat: „Der Klimawandel ist die größte Herausforderung jenseits von Krieg und Frieden“, viel zu wenig aufgegriffen.

Um erfolgreich Klimaschutz zu betreiben, müssen wir aber nach meiner festen Überzeugung andere Wege gehen als die Ampelkoalition in Berlin. Wir setzen auf Marktwirtschaft, Technologieoffenheit und sozialen Ausgleich statt vor allem auf Verbote. Neben dem Klimaschutz ist auch die Anpassung an die Klimafolgen und ein verbesserter Katastrophenschutz eine wichtige Konsequenz aus der Flutkatastrophe vom 15. Juli 2021.“

Hintergrund:

Eine Resolution von fünf Fraktionen ist mit sehr großer Mehrheit angenommen worden. In dieser wird gefordert, dass jährlich am 15. Juli den Opfern der globalen Klimakrise gedacht werden soll. Der konkrete Anlass ist die Überschwemmungskatastrophe, die in Nordrhein-Westfalen vor allen Dingen in der Eifel und in Rheinland-Pfalz vor allen Dingen im Ahrtal am 15. Juli 2021 zu insgesamt 200 Toten geführt hat. Auch in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg gab es Überschwemmungen.

## Mein Mittelfranken

### Der „Berch“ rief

Die CSU-Erlangen hat zum Frühshoppen auf die Bergkirchweih eingeladen. Gut besucht und eine klasse Stimmung - so mein Fazit. Danke für die Einladung!





## EU-Projekttag an der MRS Abenberg

Wie sieht der Alltag einer Europaabgeordneten aus? Welche Themen sind im EU-Parlament gerade aktuell? Diese und viele weitere Fragen hatten die Schülerinnen der Mädchenrealschule in Abenberg an mich. Im Rahmen des EU-Projekttags setzen sich die Mädchen intensiv mit Europa auseinander. Sehr gerne habe ich hierzu Einblicke aus erster Hand in die Arbeit des Europäischen Parlaments, dem Herzstück der europäischen Demokratie, gegeben. Die Schülerinnen waren sehr interessiert und ich hoffe, dass Europa für sie jetzt noch ein Stückchen näher ist.



## 70 Jahre THW Roth

Erdbeben, Stürme, Waldbrände oder Überschwemmungen bringen verheerende Zerstörungskraft für Mensch und Natur. Was wir dann brauchen, ist schnelle und professionelle Hilfe. In Deutschland dürfen wir uns glücklich schätzen, dafür unser Technisches Hilfswerk zu haben - (auch in Europa) eine einzigartige Hilfsorganisation. Seit 70 Jahren gibt es den THW-Ortsverband Roth. Sieben Jahrzehnte, in denen sich Ehrenamtliche für die Menschen im In- und Ausland einsetzen und die Kameradschaft untereinander hochhalten. Meine herzliche Gratulation dafür. Ihr seid da. DANKE!

## Zu Besuch bei Fassadenbau Thiel in Feucht

Das neue Verwaltungsgebäude der Firma Thiel überzeugt nicht nur durch sein äußeres Erscheinungsbild, sondern auch durch seine herausragende Innenausstattung und seine



beeindruckende Energieeffizienz. Davon konnten wir, ich, Ralph Edelhäuser MdB und der Feuchter CSU-Vorsitzende Harald Danzl, uns bei unserem Vor-Ort-Besuch überzeugen. Die beiden Eigentümer Stefan und Maximilian Thiel haben uns während des Rundgangs durch die Montagehallen und das Betriebsgelände interessante Einblicke gegeben und aufgezeigt, wo der Branche der Schuh drückt. Diese Infos nehmen meine Kollegen und ich mit in unsere politische Arbeit.



## Herzensangelegenheiten

### Petition gegen Verbot von Biomasseheizungen

Die geplanten Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) durch die Berliner Regierungskoalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP haben in der Bevölkerung zu großer Verunsicherung geführt. Waldbauern haben daher eine Petition gestartet, die sich gegen das geplante Verbot von Biomasseheizungen sowie neue Regelungen für Bestandsgebäude richtet.

Bitte unterzeichnen Sie die **Petition bis zum 20. Juni 2023** im [Petitions-Forum](#) des Deutschen Bundestages.

Mit 50.000 Unterstützern wird der Petitionsausschuss eine öffentliche Beratung durchführen. Bitte zeichnen Sie die Petition beim Deutschen Bundestag und nicht auf privaten Kampagnenportalen wie z. B. "change.org", da diese ohne eine rechtliche Wirkung sind!!

Alle Infos zum Kampf der CSU gegen die Heizungspläne der Ampel erhalten Sie [hier](#)

### Am 1. Juni war Weltbauerntag - DANKE

Meinen großen Dank und Respekt an alle Landwirtinnen und Landwirte für ihre Arbeit, ihre Leistung und ihren unermüdlichen Einsatz! Ob Fischwirt, Forstwirt, Tierwirt, Winzer oder Hauswirtschaft. Die 14 klassischen grünen Berufe zeigen die Vielfalt und die Leistung der Branche.

Unsere Landwirtschaft wird jedoch gerade mit einer weltfremden Politik an die Wand gefahren. Dabei haben wir die sichersten Lebensmittel mit bester Qualität - dank unserer europäischen Bäuerinnen und Bauern. Gleichzeitig hauen wir sie aber in die Pfanne und sagen ihnen, dass sie keine Ahnung von ihrem Beruf haben. Das ist dünnes Eis, auf dem sich die EU-Kommission bewegt. Es droht einzubrechen mit diesem Bombardement an schlechten Gesetzen.

Anstatt Landwirtinnen und Landwirte unter Generalverdacht zu stellen und ihnen zu erklären, dass sie keine Ahnung von ihrem Beruf hätten, müssen wir ihnen zuhören. Als Konservative im Europäischen Parlament ist uns das schon lange klar. Jetzt ist es uns gelungen, während der letzten Plenarwoche eine Generaldebatte zur Agrarpolitik auf die Agenda des EU-Parlaments zu setzen.

Eine moderne Landwirtschaft gelingt dann am besten, wenn die Politik mit ihr und nicht gegen sie arbeitet. Ihre Innovationskraft und ihre aktive Rolle beim Green Deal sind entscheidend. Trauen wir unseren Bauern endlich mehr zu und honorieren ihre Leistung für unsere Gesellschaft - denn sie sorgen für nicht weniger als unsere Ernährungssicherheit!

## Lesenswert

### EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

### Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der "[Brüsseler Notizen](#)" der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

### Rechtsstaatlichkeit: Die polnische Justizreform verstößt gegen EU-Recht

Weiterführende Informationen zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs können Sie [hier](#) nachlesen.

---

### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brücker Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)

[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.